



**KLIMA UND KINDERRECHTE, NORD STREAM 2 UND HISBOLLAH -
PLENARWOCHE KURZWEILIG AUFBEREITET**

Brandheiß #8: Im Bundestag mit Corinna Miazga und Thomas Seitz

Von EUGEN PRINZ | In Episode #8 von BRANDHEISS informiert die AfD-Bundestagsabgeordnete Corinna Miazga – dieses Mal wieder mit ihrem Fraktionskollegen Thomas Seitz – über die Höhepunkte der ersten Plenarwoche des deutschen Bundestages im Monat Juni.

In der Aktuellen Stunde zu konkreten Maßnahmen für den Klimaschutz gelingt es Dr. Dirk Spaniel von der AfD in nur wenigen Sätzen, die Absurdität der deutschen Klimapolitik aufzuzeigen. Karsten Hilse, ebenfalls AfD, setzt noch einen drauf und weist darauf hin, dass es im Mittelalter falschen Weltuntergangspropheten an den Kragen ging, wenn sich ihre Prophezeihungen nicht bewahrheiteten. Heute sitzen die falschen Propheten im Parlament.

Dann als nächstes die Kinderrechte: Ein trojanisches Pferd, das dazu dient, die Kinder des Schutzes der Eltern zu berauben und dem Staat immer mehr Einfluss auf die Kindererziehung

einzuräumen. Mariana Harder-Kühnel von der AfD weist in ihrem Redebeitrag darauf hin, dass Kindern ohnehin der selbe Schutz durch das Grundgesetz zuteil wird wie den Erwachsenen. Das Grundgesetz unterscheidet hier nicht. Es geht dem Staat bei den Kinderrechten lediglich darum, die Lufthoheit über den Kinderbetten zu erlangen.

Auch über Nord Stream 2 wurde debattiert. Mit diesem Thema hat sich der Autor in einem [Extra-Beitrag](#) ausführlich beschäftigt und weiß sich dabei mit dem AfD-Chef Dr. Gauland auf einer Linie.

Weitere wichtige Punkte: Die AfD-Anträge auf das Verbot der palästinensischen Terror-Organisation Hisbollah und auf die Abschaffung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes. Detail am Rande: Die Energiewende wird bis zum Jahr 2050 sage und schreibe 2.300 Milliarden Euro kosten!

Die nächste Folge von BRANDHEISS gibt es am 1. Juli, PI-NEWS wird sie zeitnah veröffentlichen. Der Autor schätzt dieses Format als gute Möglichkeit, sich mit einem relativ geringen Zeitaufwand über die zurückliegende Plenarwoche im Bundestag zu informieren.